

An  
Herrn Außenminister Joschka Fischer  
Herrn Staatssekretär Ludger Volmer

26. 06. 01

### **Irritation über den deutschen Botschafter in Peru, Herrn Herbert Beyer**

Sehr geehrter Herr Fischer,  
sehr geehrter Herr Volmer,

bei früheren Gelegenheiten, wenn es z.B. um Fragen von Verletzungen der Menschenrechte in Peru ging, betonte der deutsche Botschafter in Peru, Herr Herbert Beyer, dass es nicht Sache der Botschaft sei, sich zu "aktuellen Angelegenheiten des Gastlandes Peru" zu äußern.

Deshalb ist folgender Vorfall sehr bedenklich:

Im November 1999, einige Tage vor der Großdemonstration besorgter Bürger in den nördlichen Anden, in Cajamarca, gegen die Goldmine Yanacocha, besuchte Herr Botschafter Beyer Cajamarca. Er sagte im dortigen Fernsehen, also sehr gezielt und öffentlich: " Ich bin auf Einladung meines Freundes Roque Benavides gekommen... Ich habe lange mit den Leuten der Mine Yanacocha gesprochen und ich habe den Eindruck gewonnen, dass die Mine mit großer Sorgfalt arbeitet und dass keine Verschmutzung des Wassers und keine Gefahr für die Umwelt vorliegt. Entsprechende Gerüchte entbehren jeder Grundlage und sind politisch motivierte Stimmungsmache".

Diese politische Aussage führte zu großer Verärgerung in der Region:

1. Herr Benavides ist Großaktionär des peruanischen Anteils der Goldmine Yanacocha. Diese gilt inzwischen als größte ihrer Art in Südamerika und produziert, wie üblich, mit dem gefährlichen Zyanid.
2. Am 22.2.2001 erschienen in den peruanischen Zeitungen Berichte, die die engen Verflechtungen zwischen Herrn Benavides und dem flüchtigen Geheimdienstchef unter Ex-Präsident Fujimori, Montesinos, aufzeigten. Dessen enorme Fluchtgelder füllen Konten in der Schweiz und die Zeitungen in Peru.
3. Aufgabe der deutschen Botschaft in Peru ist doch auch, gesicherte Informationen über Peru nach Deutschland zu liefern, die u.a. Basis für die außenpolitische Arbeit der Bundesrepublik Deutschland sind. Herr Botschafter Beyer kann doch nicht entgangen sein, dass durch den Betrieb der Mine Yanacocha gravierende Umwelt-Probleme für die Menschen in der Region Cajamarca entstanden sind. Die Berichte über die zunehmende Verschmutzung des (Trink-) Wassers sind über normale Quellen zugänglich und benötigen nicht einmal die Unterstützung des Geheimdienstes. Wenn Herr Botschafter Beyer diese Probleme zugunsten der wirtschaftlich einflussreichen Familie Benavides als "politisch motivierte Stimmungsmache" herunterspielt, verletzt er damit bewusst Pflichten seinem Dienstgeber gegenüber, der Bundesrepublik Deutschland, denn diese hat sich in zahlreichen internationalen Abkommen zum Schutz der Umwelt und Menschenrechte verpflichtet.

Deshalb bitten wir Sie, sehr geehrter Herr Außenminister Fischer, Herrn Botschafter Beyer zu einem Konsultationsgespräch nach Berlin einzuladen, und ihn aufzufordern, im Interesse gut nachbarschaftlicher Beziehungen seine gemachten Aussagen in einer öffentlichen Stellungnahme (gegenüber dem Fernsehen und der Presse in Cajamarca) zurückzunehmen.

Sollte Herr Botschafter Beyer dazu nicht bereit sein, wäre es angebracht, Herrn Botschafter Beyer aus Peru zurückzuziehen, da gerade in der aktuellen Situation jede Person, die mit der früheren Regierung Fujimoris in Verbindung gebracht wird, eine schwere Belastung darstellt.

In Erwartung einer baldigen Rückmeldung verbleiben wir

Hochachtungsvoll

Heinz Schulze, Vorstand

Auswärtiges Amt  
GZ.: 307-321.20 PER

Berlin, 16 Juli 2001  
Referat 307, LR I Meyer-Wiefhausen  
Telefon: 01888-17-3103/Fax 17-5-3103  
e-mail: 307-1@auswaertiges-amt.de

Herrn Heinz Schulze  
Vorstand der Informationsstelle Peru e.V.  
Postfach 1014

79010 Freiburg

Sehr geehrter Herr Schulze,

Ihr Schreiben an den Bundesminister des Auswärtigen vom 26. Juni 2001, mit dem Sie auf ein Fernsehinterview des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Lima eingehen, ist mir als Leiter des Referates für die Andenstaaten im Auswärtigen Amt zur Beantwortung übergeben worden. Ich möchte Ihnen dazu folgendes mitteilen:

In dem Interview vom November 1999 hatte Botschafter Beyer eine Zyanid-Verseuchung des Trinkwassers in der peruanischen Stadt Cajamarca durch den Betrieb der Mine Yanacocha verneint. Diese Wertung ist zutreffend. Sie wird gestützt durch umfangreiche Untersuchungen, die im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit von der Kreditanstalt für Wiederaufbau finanziert wurden. Darin wurde festgestellt, dass das Trinkwasser in Cajamarca nicht mit Zyanid verseucht ist. Diese Untersuchungen waren die Voraussetzungen für ein deutsches Entwicklungshilfeprojekt, mit dem das Trinkwassersystem von Cajamarca erneuert wurde. Das Trinkwasser wird seitdem durch ein unabhängiges Institut laufend überprüft, ohne dass es zu Beanstandungen im Hinblick auf Zyanid gekommen wäre.

Das Auswärtige Amt ist außerdem darüber unterrichtet, dass der bis Ende 1998 amtierende Bürgermeister von Cajamarca, Guerrero, den Betreibern der Mine Yanacocha den Vorwurf der Wasserverunreinigung durch Zyanid gemacht hat. Dieser Vorwurf muss aber aufgrund der angestellten Wasseruntersuchungen als widerlegt gelten.

Nach diesen Feststellungen besteht kein Anlass, die von Botschafter Beyer getroffene Einschätzung zu beanstanden. Die in Ihrem Schreiben außerdem Botschafter Beyer zugeschriebene Formulierung „politisch motivierte Stimmungsmache“ hat dieser im übrigen nicht benutzt.

Mit freundlichen Grüßen

(Unterschrift)

Dr. Helmut Schöps  
Vortragender Legationsrat I. Klasse

## **Eigener Kommentar: Uno, due, tre - viva Pinochet!**

Wenn man die Antwort des AA im Kontext der übrigen Berichte aus Cajamarca liest, wird das ganze Ausmaß der Ignoranz und Arroganz deutlich (was ja noch verzeihlich wäre). Strukturell ist auf die Parallelen hinzuweisen, von wem deutsche Hilfswerke ihre Informationen beziehen (bzw. von wem sie sich nicht informieren lassen wollen) und von wem sich deutsche Botschaften informieren lassen (siehe entsprechende Artikel auf diesen Webseiten).

Aktuell ist auf die Geistesverwandtschaft und Interessengemeinschaft von Außenminister Fischer mit dem amerikanischen Präsidenten hinzuweisen, der (Bush) nicht müde wird zu wiederholen, dass der Gipfel in Genua doch nur dazu diene, den Armen in aller Welt zu helfen etc. etc. Fischer ist sich nicht zu blöde, diese Perversitäten zu wiederholen, denn wie er sagt, er verstehe ja nicht, warum die Leute protestieren, denn der Gipfel wolle nach Wegen suchen, um allen Armen besser helfen zu können und die Protestierer würden den armen Ländern deshalb eher schaden. Wie sagte doch Mielke so richtig: „Ich liebe euch doch alle!“ Diese „Option für die Armen“ von Bush, Fischer und Co. stellt inzwischen sogar den Vatikan in den Schatten, diese Politiker haben schon längst die Katholische Kirche als die wahren Hohen Priester der wahrhaft weltweiten Glaubensgemeinschaft mit ihrem Credo und den dazu gehörenden Dogmen abgelöst (ihr Gott ist das Kapital und dessen Vermehrung ist ihr Kult).

Da die Spezialkommandos der italienischen Polizei bei ihren Einsätzen „zur Verteidigung der freien Weltwirtschaft und der abendländischen Zivilisation“ den bewährten Kampfruf: "Uno, due, tre - viva Pinochet!" skandierten, wird der innere Zusammenhang auch tatkräftig hergestellt und der italienische Regierungschef war der geeignete Gastgeber. Die Prügelorgien, verbunden mit Folterungen, sind die systemlogische und globale Antwort und zeigen die wahren Absichten dieser Art von Globalisierung.

Und was hat das alles mit Cajamarca und der Goldmine zu tun? Auch der vorliegende Brief ist eine Art Prügelorgie, er ist eine Verhöhnung der Opfer - im Namen des deutschen Volkes....! Nicht nur dass die Aussagen in der Antwort nicht stimmen - die Realität in Cajamarca spricht eine andere Sprache - worauf hinzuweisen ist, dass mit keinem Wort auf das politisch-gesellschaftliche Umfeld eingegangen wird, in dem sich der deutsche Botschafter bewegt: er ist ein enger Freund von Benavides (eigene Aussagen von Beyer) dem Besitzer von Yanacocha S. A., der wiederum ist ein Günstling von Montesinos, der Richter angewiesen hat, zu Gunsten von Benavides zu urteilen (auf Video festgehalten). Montesinos wiederum fürchtet nun im Gefängnis in Lima um sein Leben - bedroht von seinen vielen „Freunden“, die nun Angst haben, dass er zu viel ausplaudern könnte - eine wahrhaft Ehrenwerte Gesellschaft. Und das AA gibt sich dazu her - sicher in gutem Glauben und nicht mit Absicht - diese Ehrenwerte Gesellschaft zu verteidigen und die berechtigten Sorgen Tausender von Menschen in Cajamarca und deren Freunden in Deutschland zu verhöhnern. Wie viele Tote soll es noch geben, wie viele Krebsfälle etc. - von den sozialen Folgen (zunehmende Verelendung etc.) ganz zu schweigen?

Ein kleiner Hoffnungsschimmer: die KfW überdenkt inzwischen eine Hilfe von 15 Millionen Dollar für die städtischen Wasserwerke in Cajamarca, weil sich die Wasserwerke weigern, notwendige Qualitätskontrollen durchzuführen..... Dazu eine Pressenotiz vom 16. Mai 2001:

„Efectivamente informaciones recibidas señalarían que KfW, reconocido organismo del Estado alemán que financia proyectos de desarrollo social, ante el incumplimiento contractual de la empresa de Servicio de Agua y Alcantarillado de Cajamarca (SEDACAJ) estaría por retirar todos los recursos que actualmente orienta hacia un proyecto de mejora del referido servicio para el beneficio de la colectividad cajamarquina. Estos recursos ascienden aproximadamente a 15 millones de dólares”.

Nur verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und eine bessere Zusammenarbeit der Gruppen in Cajamarca und in Deutschland kann schlimmeres verhindern - es gibt noch ein Leben jenseits des Goldes .....

## **Anmerkungen zur Rolle der Deutschen Politik in Bezug auf arme Länder (ein Fallbeispiel)**

Des Weiteren soll noch auf die Politik der Deutschen Bundesregierung eingegangen werden. Über den Auftritt des deutschen Botschafters in Cajamarca wurde schon berichtet. Als sich Ende 1998, Anfang 1999 der Verdacht auf eine Gefährdung des Trinkwassers von Cajamarca bestätigt hatte, erhielt auch das Auswärtige Amt (gerichtet an Herrn Bundesminister Josef Fischer) im März 1999 ein Schreiben aus Cajamarca, in dem a) auf die deutsche Beteiligung an der Finanzierung der Kredite an den peruanischen Staat im Zusammenhang mit dem Minenprojekt (und die damit zusammenhängende Verantwortung gegenüber den Menschen vor Ort) b) auf bereits feststehende Gefährdungen durch das Minenprojekt und c) auf möglichen Missbrauch der Mittel für den Wahlkampf des Präsidenten hingewiesen wird. In einer Antwort des Auswärtigen Amtes vom 2. Juni 1999 wird äußerst knapp nur auf den dritten Punkt eingegangen: „Eine Bestätigung der von Ihnen vorgebrachten Vorwürfe gegen die in Cajamarca durchgeführten oder geplanten Projekte der deutschen EZ hat sich bei einer sehr sorgfältigen Überprüfung nicht ergeben. So ist die deutsche Seite in den genannten Projekten entweder direkt für die Mittelzuweisung verantwortlich oder hat eine Kontrolle darüber. Ein Missbrauch entsprechender Mittel für Wahlkampfzwecke ist somit ausgeschlossen. Ihre Angaben zur Qualität des Trinkwassers in Cajamarca konnten nach unseren Informationen durch anderweitige Untersuchungen nicht erhärtet werden“.

Neben dem Besuch des deutschen Botschafters in Cajamarca, in dem deutlich wird, woher und mit welchem Interesse deutsche Botschaften (und Regierungen) ihre Informationen beziehen, zeigt ein Briefwechsel aus dem Jahre 1995 deutlich, wie es deutschen Gruppen ergeht, wenn sie im Bunde mit ihren betroffenen Partnern die Stimme erheben und auf Missstände hinweisen. Eine deutsche Gruppe hatte in einem Schreiben an das BMZ auf die schon beschriebenen Missstände (Landaneignung, Entschädigungsfrage, Verschmutzung) aufmerksam gemacht und auf die deutsche Beteiligung daran (u.a. auch deutsche Subunternehmen, wie z.B. Züblin) hingewiesen. In einem Antwortbrief des BMZ vom 17.11.1995 wird zuerst bestritten, dass überhaupt eine Verantwortung von deutscher Seite vorliegt. Dies geschieht u.a. mit dem Hinweis, dass die beschriebenen Missstände nicht innerhalb des Konzessionsbereiches der Mine Yanacocha liegen würden (und auch nicht gehören wird!) und zudem diese Missstände von der Vergangenheit, also vor der Tätigkeit der Mine, herrühren.

Weiter heißt es:

„Wir legen Ihnen hierzu unsere kürzliche Stellungnahme des BMZ bei, die u.a. das umfangreiche sozioökonomische Investitions- und Kooperationsprogramm der Yanacocha - Minengesellschaft beschreibt. Ferner fügen wir ein Fax vom 7.11. 1995 bei, mit dem uns die Minera Yanacocha S.A. ausdrücklich bestätigt, dass sie keine Probleme mit den umliegenden Gemeinden hat. Der dem Schreiben als letzte Anlage beigefügte Artikel aus der Financial Times vom 3. 2. 1995 bestätigt ausdrücklich das soziale, ökologische und beschäftigungspolitische Engagement der Yanacocha - Gesellschaft“. In der offiziellen Stellungnahme des BMZ (gestützt auf das Gutachten der DEG) werden dann u.a. folgende Punkte ausgeführt:

1. „Wir stehen auch mit anderen Kirchengemeinden, die Partnergemeinden in Nordperu und der Projektregion Yanacocha haben, in Kontakt. Bis jetzt konnten alle Fragen zufriedenstellend beantwortet werden, und entsprechende Vorwürfe wurden nach einem Besuch von Kirchenvertretern in der Mine nicht mehr aufrecht erhalten.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Die betreffenden Kirchengemeinden, u.a. in Tett nang (Porcón) und Herzogenrath (La Encañada) haben diesbezügliche eine völlig andere Version parat. Der Besuch des Bischofs in der Mine bestätigt die Mine und das BMZ in ihrer Haltung und „überführt“ dieser Logik gemäß die Aussagen der Betroffenen und der Kirchengemeinden zumindest der Übertreibung, wenn nicht der Lüge. Diese diabolische (alles verdrehende) Logik ist sowohl bei den Vertretern der Mine, der deutschen

2. Nach Abschluss der ersten Erwerbsrunde aufgetretene Meinungsverschiedenheiten und Unzufriedenheiten sind nachträglich z.T. durch Zusatzzahlungen und Bereitstellung von Ersatzland ausgeräumt worden.<sup>2</sup>
3. Dass der Staat Peru einen Teil seiner Einnahmen aus Konzessionsgebühren und Steuern auch zur Begleichung seiner internationalen Schulden verwendet, ist normale Budgetpraxis. Natürlich tragen auch diese Einnahmen im Rahmen des allgemeinen Haushalts zur Entwicklungsfinanzierung aller peruanischen Regionen bei.<sup>3</sup>
4. Nach Auskunft der Minengesellschaft Yanacocha ist auf keinen früheren Landbesitzer Druck ausgeübt worden, Land unter Wert zu verkaufen. Der von der peruanischen Regierung angegebene Taxwert ist weit überschritten worden.
5. Uns ist nichts von Abwanderungsbestrebungen oder Druck hierzu durch das Bergbauprojekt bekannt. Befürchtungen schwerer Umweltschäden sind sachlich nicht begründet, da alle technisch möglichen Vorkehrungen getroffen worden sind. Die Mine ist bereit, alle konkreten Anfragen hierzu zu beantworten.
6. Es trifft zu, dass zum Herauslösen des Goldes aus dem Erz Zyanidverbindungen verwendet werden. Dies ist ein aufbereitungstechnisches Standardverfahren, auch in allen industrialisierten Ländern. Die Gefährdung von Boden, Wasser und Luft sowie direkter Kontakt für Menschen wird durch technische Vorkehrungen ausgeschlossen.
7. Nach unserer Kenntnis ist das Abbaugebiet von Yanacocha nicht „landwirtschaftlich genutzt“. Ackerbau und sinnvolle Viehwirtschaft sind durch Klima und Vegetation dieser hochgelegenen, felsigen Region nahezu ausgeschlossen.
8. Auch in Peru werden besondere Vorschriften des Trinkwasserschutzes - insbesondere von der Minera Yanacocha S.A. - beachtet. Uns ist bisher keinerlei Beeinträchtigung von Wasserläufen durch das Bergwerk bekannt. Die Wasserläufe werden ständig analytisch überwacht; die Messprotokolle können eingesehen werden.
9. Das Unternehmen Minera S. A. zerstört nicht die Lebensgrundlagen der dortigen Bevölkerung: Von dem Fortbestehen der Bergbauaktivitäten profitiert die Region. Durch erhebliche Konzessionsabgaben und Steuerzahlungen tragen alle Wirtschaftsunternehmen zur Strukturpolitik in Peru bei.

Wir hoffen, Ihnen mit dieser Stellungnahme gedient zu haben. DEG - Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH<sup>4</sup>.

---

Regierung und der offiziellen Kirche durchgehend (nur auf diesen Fall bezogen) anzutreffen. Gleichzeitig werden die Kirchengemeinden beschuldigt, sich in Politik einzumischen - wo sie doch nichts verstehen - und Glaube und Politik zu vermischen.

<sup>2</sup> Auch hier wird allein den Aussagen der Mine vertraut. Die Opfer werden auch noch verhöhnt. Dies lässt sich in der Folge durchgängig feststellen und wird hier dann nicht mehr eigens herausgestellt.

<sup>3</sup> Solche Annahmen gehen von idealstaatlichen Vorstellungen aus, wo man es doch mit korrupten Systemen zu tun hat bzw. selbst an dieser Korruption (institutionell) partizipiert. Den einzelnen Ministerialdirigenten ist persönlich kein Vorwurf zu machen, sie handeln sicher mit bestem Gewissen.

<sup>4</sup> Die DEG unterstützt als bundeseigenes Institut derzeit 16 Projekte in Peru mit einem Volumen von 90 Millionen DM. Peru gehört zu den neuen Schwerpunktregionen der DEG. Dahinter steckt laut eigenem Selbstverständnis das Konzept: Profitabel wirtschaften und dabei die entwicklungspolitischen Aufgaben dennoch erfüllen.

## Die Rolle der NRO und die deutsche Beteiligung

Die Haltung und der Standpunkt, den eine NRO in der aktuellen politischen Situation in Cajamarca einnimmt, ist von entscheidender Bedeutung. Es kann hier nicht die Rolle aller NRO in Cajamarca untersucht werden, es kann aber beispielhaft gezeigt werden, wie die Arbeit einiger NRO von der Bevölkerung, besonders von den Basisgruppen, eingeschätzt wird. Bei dieser Einschätzung spielt vor allem eine Rolle, wie sehr die Arbeit einer NRO die Basisgruppen unterstützt. Entscheidend hierfür ist wiederum, nach welchem Kriterium der Einsatz von Nahrungsmittelspenden geschieht.

Als Einstieg eine Meldung aus den „Informationen aus Cajamarca“, Nr. 69 vom Dezember 1998 (übernommen von dem Gemeindebrief von St. Georg, Ulm): „Nach übereinstimmenden Berichten in den peruanischen Zeitungen wurden die internationalen Hilfssendungen, die im großen Stil wegen ‚El Niño‘ in Peru ankamen, von der Regierung für innenpolitische Zwecke instrumentalisiert. Zuerst wurden etwa 40% der Hilfsgüter in den Monaten Februar bis Mai in der Form unter die Leute gebracht, dass nahezu ausschließlich der Präsident selbst diese eigenhändig verteilte, indem er quasi wie ein ‚deus ex maquina‘ in Katastrophengebiete einschwebte und an die „zufällig“ Anwesenden die Sachen verteilte. Der größere Teil der Hilfsgüter wurde für den Kommunalwahlkampf aufgespart, konkret: die Regierungspartei, nun unter dem Namen ‚Vamos Vecino‘, verscherbelte die eigentlich für die Bedürftigen vorgesehenen Hilfsgüter willkürlich an alle, die an den Wahlveranstaltungen teilnahmen. Man könnte auch sagen, dass damit Stimmen gekauft wurden. Trotzdem errangen die Kandidaten Fujimoris bei den Kommunalwahlen weniger Anteile als gedacht“.<sup>5</sup>

In Cajamarca waren es einige NRO, zum Teil auch halbstaatliche Organisationen wie FONCODES und PRONAA, die diese Aufgabe übernahmen.

Am Beispiel von Bambamarca<sup>6</sup> lässt sich zeigen, welche weiteren Absichten eine solche Politik verfolgt: In Bambamarca gibt es die stärkste Organisation der Frauen (Campesinas) in den nördlichen Anden. Sie sind in 105 Frauengruppen organisiert, die eine gemeinsame Vertretung haben und die sich seit 1996 jedes Jahr zu einem gemeinsamen Kongress zusammenfinden. Am 18./19. August 1998 fand der 3. Kongress statt. Vor diesem Kongress wurde mit Hilfe von Radio, Lautsprechern und Besuchen in den Comunidades die Meldung verbreitet, der Kongress würde erst zwei Tage später stattfinden. Auf diese Weise erschienen nur etwa die Hälfte der erwarteten Frauendelegationen zum richtigen Termin. Vorher und auch nachher wurde immer wieder versucht, Frauengruppen mit dem Versprechen von Nahrungsmittelhilfe und medizinischer Betreuung auf die andere Seite zu ziehen bzw. die Gruppen zu spalten. Die „andere Seite“ bilden von Bischof bezahlte Personen, einheimische Lokalpolitiker der Regierungspartei und Vertreter der Mine. Aus dem Rechenschaftsbericht, den die Präsidentin aller Frauengruppen, auf dem Kongress hielt:

---

<sup>5</sup> Noch stärker als im Kommunalwahlkampf 1998 wurden im Wahlkampf 2000 (Präsidentenwahl, Parlament) die Nahrungsmittelhilfen als effiziente Waffe von der Regierungspartei eingesetzt. Hier war es vor allem die halbstaatliche Organisation PRONAMACHCS, die großen Druck auf die Gruppen und die Bevölkerung insgesamt ausübte. Dies ging soweit, dass nach Berichten aus den Partnergruppen Gruppen oder Einzelpersonen, die nicht an den Veranstaltungen von PRONAMACHCS und ähnlichen Organisationen teilnahmen, als „antistaatlich“, subversiv und gar der Zugehörigkeit terroristischer Gruppen beschuldigt wurden. Auf die Umstände der selbst vom amerikanischen Präsidenten als undemokratisch verurteilten Wahlen und des „Wahlsieges“ von Fujimori einzugehen, ist an dieser Stelle nicht notwendig. Auch in vielen deutschsprachigen Zeitungen erschienen entsprechende Berichte.

<sup>6</sup> siehe in : „Bambamarca - das Pilotprojekt von Bischof Dammer“, ebenso: „Die Stimme der Campesinos“.

„Sie wollen uns nicht am Tisch haben, weil wir dreckige Indios sind und nur etwas für die Feldarbeit taugen würden. Aber wir mischen uns ein, wir machen Politik. Politik ist für uns, wenn wir unsere Rechte vortragen, wenn wir uns organisieren und Lösungen für unsere Probleme suchen. Auch wenn sie uns sagen, Politik sei Sünde und das sei nichts für fromme Katholiken. Wir werden aber weiterhin für unsere Rechte kämpfen. Sünde wäre, die Ungerechtigkeit zu ertragen. Für ein Kilo Reis dürfen wir nicht unser Gewissen verraten“ (eigener Mitschnitt).

Welches Interesse hat die Mine, sich z.B. in Bambamarca derart stark zu engagieren? Die Campesinogruppen in Bambamarca (Frauen und Männer, auch die Rondas) sind sehr gut organisiert (besser als in Porcón und Combayo). Die Mine weitet ihre Aktivitäten in Richtung Bambamarca hin aus, der Goldabbau rückt immer näher an Bambamarca heran. Ein zukünftiger Hauptstreitpunkt wird sein, wer über das Wasser in der Hochebene verfügen darf. In einem „Wasserprojekt“ wird das auf der Hochebene gespeicherte Wasser für den Bedarf an Trinkwasser und Bewässerung in 18 Comunidades bei Bambamarca geleitet. Misereor hat dieses Projekt zu einem Musterprojekt erklärt, u.a. weil Tausende Campesinos in den Jahren 1994 - 1999 mitgearbeitet haben und die Idee und Organisation des Projektes von den Betroffenen selbst entwickelt wurde.<sup>7</sup> Nun aber beansprucht die Mine das Wasser für sich, denn für den Goldabbau werden riesige Mengen von Wasser verbraucht. Es liegt im ureigenen Interesse der Mine, die Organisationen (demokratische Basisstrukturen im Staat) der Campesinos zu zerschlagen oder zumindest zu schwächen. Bereits an anderer Stelle wird gezeigt (siehe Bambamarca und im Sammelband: Anspruch und Wirklichkeit ...), dass auch der Bischof ein fundamentales Interesse hat, diese Organisationen (demokratische Basisstrukturen in der Kirche) zu schwächen, zumal in ihnen auch Katecheten eine maßgebliche Rolle spielen und sich diese Organisationen wie auch die Frauengruppen als Kirche sehen. Ausführende „Organe“ dieser Interessen sind einige NRO, darunter CEDAS (siehe Anmerkung weiter oben) sowie die Caritas von Cajamarca, die alle Gruppen mit dem Entzug von Unterstützung betrifft, die weiterhin auf Mitsprache und demokratische Selbstbestimmung pochen und alle NRO, die in Zusammenarbeit (und Abhängigkeit) von der Mine deren „soziale Wohltaten“ unters Volk bringen.

Die am häufigsten angewandte Methode - neben der Nahrungsmittelhilfe - ist der Kauf von Führungspersonen (Rondaführer, Präsidentin von Frauengruppen etc.). Der bisherige Höchstpreis für einen Rondaführer liegt bei 10.000 Dollar (Zeugenaussagen der Betroffenen liegen vor). Einige Wenige (auch einige Katecheten), haben diese Angebote angenommen und tragen die Spaltung in die Gruppen hinein. Diese Spaltung, aus denselben Gründen, erleidet nun das DAS (siehe Anmerkung oben). Eine Minderheit, die noch das Vertrauen der Campesinos genießt und sich in dem Wasserprojekt besonders hervorgetan hat, wird aus dem DAS ausgeschlossen.<sup>8</sup>

---

<sup>7</sup> Für dieses Projekt stellte Misereor 1 Million DM bereit, die Verantwortung für das Projekt hatte das DAS, das u.a. von Hans Hillenbrand beraten wird. Das Projekt hat neben den „materiellen“ Erfolgen auch wesentlich zum Zusammenhalt und zur Selbstorganisation der 18 betroffenen Comunidades geführt.

<sup>8</sup> Die Mehrheit beugt sich dem Druck des Bischofs, der als Bedingung für seine Unterschrift unter weitere Projekte den Ausschluss derer fordert, die das DAS gegründet haben und die unter Bischof Dammert eine beispielhafte Sozialarbeit (d.h. im Sinne einer Sozialpastoral immer auch pastorale Arbeit) geleistet haben. Ein Vorwurf gegen diese Minderheit seitens des Bischof lautet z.B., dass sich diese Mitarbeiter in Dinge eingemischt hätten, die sie nichts angehen, dass sie nämlich auch katechetische Arbeit geleistet hätten und z.B. vor Beginn einer gemeinsamen Arbeit - wie von den Campesinos selbstverständlich praktiziert - auch gemeinsam um den Segen Gottes gebeten hätten. Dies sei ein Amtsanmaßung, die Laien nicht zustände. Der Ausschluss erfolgte am 24. 2. 2000 in Anwesenheit des für Peru verantwortlichen Mitarbeiters von Misereor. Dieser versteht seinen Auftrag so, dass er als Vertreter einer kirchlichen Institution selbstverständlich mit dem Bischof und den offiziellen Vertretern des DAS verhandeln muss und dass man sich als Ausländer unter keinen Umständen in „innerperuanische“ Streitigkeiten einmischen darf. Eine Vertretung deutscher Partnerschaftsgruppen hat wegen dieser Vorfälle am 9. Juni 2000 ein Gespräch mit den Verantwortlichen von Misereor geführt - ohne Ergebnisse.

Repräsentanten der Campesinos von Bambamarca, Porcón und Combayo (La Encañada) kommen zu dem Schluss: „Es existieren einige NRO, die Yanacocha helfen. Einige dieser NRO nennen sich sogar „ökologisch“ und behaupten, dass die Mine keine Verschmutzung des Wassers verursacht. Sie wenden ihre Nahrungsmittelprogramme und ihre Konzepte der Familienplanung unter der Oberaufsicht (Supervision) und in Koordination mit der Mine an“. (veröffentlicht in „Ambito, Lima, Nr. 19, August/September 1999).<sup>9</sup>

Besonders auffällig war - und dies wurde von den Teilnehmern des Seminars entsprechend kommentiert - dass auf dem erwähnten Seminar über die Mine, das vom 18. - 20. November 1999 in der Universität Cajamarca stattfand, bis auf eine Ausnahme (eine holländische NRO) keine Vertreter der NRO anwesend waren. Man fürchtete zu Recht - wie dies in einem Gespräch bestätigt wurde - dass man bei einer Teilnahme hätte damit rechnen müssen, in Zukunft von lukrativen Aufträgen der Mine ausgeschlossen zu werden. Es waren auch Vertreter der Mine zu diesem Seminar eingeladen. Zuerst stellte die Mine Bedingungen, z.B. dass bestimmte Personen nicht am abschließenden Podiumsgespräch teilnehmen durften. Als darauf nicht eingegangen werden konnte, erschien auch zum Podiumsgespräch kein Vertreter der Mine.

### **Fazit und offene Fragen**

Wenn es um wirkliche Existenzprobleme der Ärmsten geht, lassen sich die NRO nicht sehen. Es gibt Riesenprojekte mit der Ökologie, dem Wasser usw., es gibt aber keine Stellungnahme gegen die Mine, die das alles in Gefahr bringt, wofür sich die NRO angeblich (und oft auch mit bestem Willen) einsetzen. Einige arbeiten sogar mit der Mine zusammen, mit der Regierung (Agrarministerium) und allen lokalen Autoritäten. Das Volk (Bauern und Stadt) dagegen wird in einer existentiellen Bedrohung allein gelassen! Wem helfen also die NRO? Wo ist ihre Basisarbeit, d.h. wo arbeiten sie wirklich an der Basis, ausgehend von den Interessen der Ärmsten? Wo bleibt das Geld hängen? Die NRO machen im alten Trott weiter, verteilen Saatgut etc. und zuletzt sind sie auch maßgeblich für die starke Zunahme von Nahrungsmittelhilfe verantwortlich. Ziel einer NRO ist eigentlich die Hilfe zur Selbsthilfe, doch es geschieht oft das Gegenteil: die Campesinos sind abhängiger als vorher. Vermehrte Nahrungsmittelhilfe zementiert Abhängigkeit. Auch die Kirche macht bestenfalls, ebenfalls wie viele NRO, die „Sozialarbeit“ der Mine.

Analog zur Frage: mit wem haben die deutschen Gemeinden eigentlich eine Partnerschaft (siehe entsprechende Artikel) muss man fragen: Wen unterstützen deutsche Basisgruppen wirklich? Dies mag bei staatlichen Stellen, GTZ etc. klar sein, weil staatliche Entwicklungspolitik ganz bestimmte Interessen verfolgt. Was aber ist z.B. mit der „Welthungerhilfe“, „Brot für die Welt“ etc, die eine große Zahl von NRO weltweit und auch in Cajamarca finanzieren? Ein Grundproblem scheint darin zu liegen, dass alle Projekte mit Mitarbeitern arbeiten (müssen), deren Arbeitsplatz und soziale Stellung von der Existenz einer NRO und von „immerwährenden“ Projekten abhängt.

---

<sup>9</sup> Zu der Arbeit von NRO siehe auch den Beitrag: „Cajamarca - eine Diözese in den Anden Perus“. Über die Arbeit der NRO (und ausländischer „Entwicklungshilfe“) kann hier nicht grundsätzlich diskutiert werden. Nicht zu unterschätzen ist aber der Eindruck der Campesinos, dass selbst gut meinende NRO dazu neigen, aus „systemimmanenten“ Gründen ihre Aufmerksamkeit eher auf den eigenen Selbsterhalt als auf die Selbstentwicklung der Campesinos zu richten. Ebenso darf nie außer Acht gelassen werden, dass deutsche Steuergelder vorrangig dazu dienen sollen, die eigenen Interessen zu fördern (z.B.: aus Campesinos sollen Abnehmer deutscher Produkte werden) und außerdem die große Masse aller Gelder für Entwicklungshilfe in staatliche Großprojekte meist wenig demokratisch legitimierter Regierungen fließt.